



öffentlich

Betreff:

Schule im Bornstedter Feld

Erstellungsdatum 20.02.2007

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion SPD

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.03.2007	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen neuen Standort für eine öffentliche Schule im Bornstedter Feld zu prüfen. Dabei ist auch der Standort der Ruinenberg-Kaserne zu berücksichtigen.

Gez.: Mike Schubert
Vors. SPD-Fraktion

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung.

Für die weitere Entwicklung des Bornstedter Feldes und der früheren Kasernenkomplexe im Potsdamer Norden zu einem attraktiven Wohnstandort, ist es auch von Nöten die öffentliche Infrastruktur zu schaffen.

Im Rahmen der Diskussion über die zukünftige Schullandschaft im Potsdamer Norden wird dabei derzeit öffentlich über die Einrichtung einer freien Schule in den Ruinenbergkaserne diskutiert. Bevor eine Ansiedlung einer freien Schule in die engere Wahl gezogen wird, sollte geprüft werden, ob dieser Standort als Standort für eine öffentliche Schule geeignete wäre. Die Absicherung der schulischen Versorgung für die direkten Anwohner sollte dabei Vorrang vor der Errichtung einer weiteren Privaten Schule haben, die mit einem eingeschränkten Profil auch nur eine eingeschränkte Gruppe an Eltern anspricht.